



AUSGABE 122
Mai 2013

ANALYSEN & ARGUMENTE

Erscheint ausschließlich online!

Standort Deutschland: Ergebnisse einer qualitativen Umfrage

Michael Borchard | Helmut Jung (ext.) | Viola Neu | Sabine Pokorny

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Vorfeld des Wirtschaftskongresses zum Thema „Deutschland: Standort mit Tradition und Zukunft“ eine Expertenbefragung durchgeführt. Die wichtigsten im Interview behandelten Untersuchungsthemen betrafen die Grundhaltungen zur derzeitigen Lage der Wirtschaft in Deutschland, deren Stärken, Schwächen und die daraus ableitbaren Chancen und Risiken.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)22 41 2 46-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de

Dr. Viola Neu
Leiterin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)22 41 2 46-35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-46-0



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

- 3 | STUDIENDESIGN
- 3 | SPONTANE ASSOZIATIONEN ZUR FRAGE NACH DEM WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND
- 4 | STÄRKEN, SCHWÄCHEN, CHANCEN UND RISIKEN DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES
- 5 | ZUKUNFTSHERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND
- 6 | DER EXPERTE ALS POLITIKER: POLITISCHE LÖSUNGSVORSCHLÄGE
- 7 | WÜNSCH DIR WAS: WAS DIE POLITIK IN DEN NÄCHSTEN JAHREN ANGEHEN SOLLTE
- 8 | AUSWIRKUNGEN WICHTIGER POLITISCHER ENTSCHEIDUNGEN
- 9 | SCHAFFUNG OPTIMALER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT
- 9 | DIE ENTSCHEIDENDEN ZUKUNFTSTHEMEN
- 10 | ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

DIE AUTOREN

Dr. Michael Borchard, leitet die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

Dr. Helmut Jung ist Geschäftsführer der GMS Dr. Jung GmbH, Hamburg.

Dr. Viola Neu leitet das Team Empirische Sozialforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

Dr. Sabine Pokorny ist Koordinatorin Empirische Sozialforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.



STUDIENDESIGN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Vorfeld des Wirtschaftskongresses zum Thema „Deutschland: Standort mit Tradition und Zukunft“ eine Expertenbefragung durchgeführt. Die wichtigsten im Interview behandelten Untersuchungsthemen betrafen die Grundhaltungen zur derzeitigen Lage der Wirtschaft in Deutschland, deren Stärken, Schwächen und die daraus ableitbaren Chancen und Risiken. Darüber hinaus wurde mit den Interviewpartnern intensiv über die wichtigsten Zukunftsherausforderungen, die dafür zuständigen Akteure und denkbare Lösungsansätze gesprochen. Zudem wurden auch die Rolle von Staat und Politik bei der Bewältigung zukünftiger Herausforderungen und die durch die Politik zu setzenden optimalen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erörtert.

Die Feldarbeit sowie die Erstellung des Abschlussberichts erfolgten durch die GMS Dr. Jung GmbH. Zwischen dem 25. März und dem 6. Mai 2013 wurden insgesamt 58 ca. halb- bis einstündige qualitative Leitfadengespräche mit Experten geführt.

Zielgruppe der Untersuchung waren wichtige Stakeholder im Bereich Wirtschaft, allerdings ohne die politische Ebene (18 Unternehmensvertreter; 15 Wirtschaftswissenschaftler; zwölf Verbandsvertreter; acht Gewerkschafter; fünf Fachjournalisten). Die Entwicklung der Stichprobe erfolgte in enger Abstimmung zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der GMS.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind nicht repräsentativ im statistischen Sinn.

SPONTANE ASSOZIATIONEN ZUR FRAGE NACH DEM WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

Die Spontanassoziationen („Was fällt Ihnen alles ein, was geht Ihnen alles durch den Kopf, wenn Sie an den Wirtschaftsstandort Deutschland denken?“) sollten die generelle Stimmungslage erfassen.

Fast alle Interviewpartner sprechen spontan positive Gesichtspunkte an. Dabei spielen die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die eindeutig größte Rolle („Deutschland ist ein sehr attraktiver Standort in Europa“). Sofern die Befragten diese Rahmenbedingungen weiter spezifizieren, werden vor allem das Bildungssystem, die Infrastruktur sowie die Rechtssicherheit in Deutschland positiv erwähnt. Neben positiven Rahmenbedingungen in eher allgemeiner Form werden aber auch relativ häufig starke Industrien und Wirtschaftsbranchen, die Stärke, Attraktivität und Aufstellung der Wirtschaft in Deutschland insgesamt

sowie deren Innovationsfähigkeit, Produktivität und Qualität genannt („Wir haben nach wie vor eine gute industrielle Wertschöpfung, während die Länder, die rein auf Dienstleistungsgesellschaft gesetzt haben, jetzt Probleme haben“). Auch die Exportorientierung Deutschlands und seine starke Position im internationalen Vergleich spielen neben der Leistungsfähigkeit und Krisensicherheit der deutschen Wirtschaft eine große Rolle unter den positiven Spontanassoziationen. Weitere positive Aspekte sind darüber hinaus die mittelständische Struktur der deutschen Wirtschaft, die funktionierende Sozialpartnerschaft und auch die bisher erfolgreiche Bewältigung der Globalisierung („Breit aufgestellter Mittelstand. Denken in Generationen, hat eine langfristige Ausrichtung als Kapitalinvestoren. Dies ist für die Innovation sehr wichtig“).

Von einigen Interviewpartnern wurden Negative angesprochen, allerdings deutlich seltener. Dabei stehen ebenfalls die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an erster Stelle. Sofern die allgemeinen Rahmenbedingungen konkretisiert werden, wird hier vor allem auf die Überregulierung, einen zu geringen politischen Einfluss der Wirtschaftseliten, eine zu große Risikoscheu in der Bevölkerung und die zunehmenden Probleme in der Infrastruktur hingewiesen. Des Weiteren werden unter den Negativa der Fachkräftemangel, Niedriglöhne, Demografie, Bildung, verschiedene Probleme im internationalen Wettbewerb, die Unsicherheit und der Einfluss durch die Schuldenkrise sowie die Befürchtung einer mangelnden Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erwähnt. Vereinzelt werden auch noch Steuern und Abgaben, ein zu geringes Wachstum, die hohe Exportabhängigkeit, eine sinkende Investitionsbereitschaft und das zu starke Denken in formellen Organisationsstrukturen als Negativaspekte angesprochen.

Selten sprechen die Experten mögliche Forderungen oder Herausforderungen an. Dazu gehören vor allem die Verweise darauf, dass wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen dürfen, Verantwortung für Europa wahrnehmen, den Binnenmarkt stärken und neue Herausforderungen annehmen müssen („Bewältigung der EU-Krise: EU ist der größte Markt für klassische Industrie von Deutschland. Wenn wir das nicht schaffen, haben wir ein massives Exportproblem“; „Nicht vorhandene Rohstoffe: Großer Wettbewerbsnachteil gegenüber rohstoffreichen Ländern“).

Bei der Gegenüberstellung der positiven und eher negativen Spontanassoziationen wird erkennbar, dass bei den befragten Experten eine positive Sicht der Wirtschaft in Deutschland eindeutig dominiert. In diesem Zusammenhang besitzen die politischen bzw. staatlichen Rahmenbedingungen sowohl unter den Positiva als auch unter den Negativa die größte Bedeutung.



STÄRKEN, SCHWÄCHEN, CHANCEN UND RISIKEN DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES

Bei einer insgesamt positiven Grundstimmung werden bei differenzierter Nachfrage auch Schwächen, Risiken, Stärken und Chancen benannt. Der allgemeinen positiven Tendenz folgend überwiegen die Stärken die Schwächen etwa im Verhältnis drei zu zwei.

Die aktuelle Situation bei der Bildung, Ausbildung und Qualifikation hat sowohl Sonnen- wie Schattenseiten, je nachdem, welche Erfahrungen gemacht wurden („den heutigen Schulabgängern muss man erst einmal Lesen und Schreiben beibringen“). Andererseits wird bei den Chancen auf das hohe Bildungsniveau insbesondere bei Fachkräften durch das duale Ausbildungssystem verwiesen („das duale Ausbildungssystem ist international unerreicht“). Hieraus ergeben sich gute berufliche Chancen für junge Menschen und erhebliche Vorteile für die Wirtschaft in Deutschland. Andererseits wird der Bildungsföderalismus häufig als Risiko/Problem benannt („Zu wenig Investition in Bildung: Föderalismus schadet uns enorm“).

Spezifische Standortvorteile werden vor allem im Rechtssystem bzw. der Rechtssicherheit gesehen („Verträge werden mit dem Ziel geschlossen, auch eingehalten zu werden, nicht wie in anderen Staaten“). Aber auch Forschung und Entwicklung und der für Deutschland prägende starke Mittelstand, gesunde Industrien und eine klare Exportorientierung runden das Stärkenbild ab.

Die wertegebundenen Eigenschaften deutscher Unternehmen und Branchen spielen ebenfalls eine große Rolle. Bei den Eigenschaften deutscher Unternehmen und Branchen werden vor allem Tugenden wie Fleiß und Zuverlässigkeit angesprochen. Daneben bleiben aber auch die Offenheit für Veränderungen und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland und deren Fähigkeit zur Internationalisierung nicht unerwähnt.

Regelmäßig wird zudem von den Gesprächspartnern, unabhängig in welchem wirtschaftlichen Feld sie tätig sind, der soziale Frieden und die gut funktionierende Sozialpartnerschaft benannt („Große Bereitschaft der Sozialpartner an einem Strang zu ziehen“; „Hoher sozialer Frieden. Im Vergleich zu anderen Ländern nur selten Streiks. Gewerkschaften und Arbeitgeber arbeiten konstruktiv zusammen“). Gerade in der Krise habe sich die Sozialpartnerschaft bewährt.

Besondere Beachtung finden einzelne Branchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau und bestimmte Bereiche der Chemieindustrie, deren Produkte weltweit konkurrenzfähig sind.

Bei den Schwächen der Wirtschaft in Deutschland werden die politischen und staatlichen Rahmenbedingungen häufig erwähnt. Im Einzelnen werden hier vor allem die in Deutschland übliche Regulierungswut, Überbürokratisierung und die Dauer von Genehmigungsverfahren genannt. Neben der Bildung werden auch die Kosten der Energiewende (und der Rohstoffmangel) als konkrete Schwächen angesprochen. Wie bei der Bildung ergibt sich in der Frage nach der Exportausrichtung ein differenziertes Bild. Der Export wird als Stärke gesehen, dessen Schattenseite jedoch die Exportabhängigkeit bildet. Gesellschaftliche und politische Mentalitäten, die mit einer fehlenden Risikobereitschaft einhergehen sowie ein wachsendes Anspruchsdenken werden bemängelt („Menschen in der alternden Gesellschaft schauen nur noch auf sich selbst und den Zeitraum, in dem sie leben, nicht mehr in die Zukunft“; „Risikoaversion: Angst vor Neuem, vor allem, wenn es nicht greifbar ist und keinen klar erkennbaren Nutzen gibt“). Auch die demografische Entwicklung wird immer wieder angeführt, wenn es um Schwächen des Wirtschaftsstandortes geht.

Bei den Risiken sind Besorgnisse in Verbindung mit der Energiepolitik von Bedeutung. Hier werden Befürchtungen zu den Kosten, der Versorgungssicherheit und der Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands geäußert.

Bei der internationalen Entwicklung bereiten die Schuldenkrise und deren Folgen, die Gefahr eines Auseinanderfallens von Europa und die neuen Herausforderungen im globalen Wettbewerb Sorgen („Europäischer Integrationsprozess: Deutschland allein ist nichts, wird bedeutungslos“; „Euro-Einführung: War Stimulator für die Wirtschaft“).

Darüber hinaus wird auch der Arbeitsmarkt mit dem inzwischen unübersehbaren Fachkräftemangel und der Überalterung der Gesellschaft mit als Risikofaktor identifiziert („Fachkräftebedarf decken: Sind ein ressourcenarmes Land, deshalb von größter Bedeutung“). Im Vergleich dazu spielen ebenfalls als kritisch angesehene Entwicklungen bei Unternehmen mit einem zu starken Ausruhen auf früheren Erfolgen, mangelndem Wissensmanagement und fehlenden Investitionen in Innovationen eine eher untergeordnete Rolle. Dies gilt auch für den teilweise kritisierten Mentalitätswandel in der deutschen Gesellschaft mit entsprechenden Auswirkungen auf Arbeitsmoral und positive, für die deutsche Wirtschaft förderliche Tugenden.

Zwar sehen die Experten mehr Stärken als Schwächen, aber bei der Risikoanalyse zeigt sich, dass man nicht blauäugig in die Zukunft schaut. Es werden nahezu ähnlich viele Risiken wie Chancen wahrgenommen. Begründet wird dies vor allem damit, dass es trotz einer erfreulichen Lage und der erfolgreichen Bewältigung vieler Probleme immer wieder neue,



teils unerwartete Herausforderungen gibt, die ein Ausruhen auf bisherigen Erfolgen nicht erlauben („Aber wir müssen aufpassen und dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen“).

Gelegentlich diskutieren die Experten Risiken, die sich durch mangelnde Infrastruktur, die Schuldenkrise, Energiepolitik, Überalterung der Arbeitnehmer und Fachkräftemangel sowie Veränderungen in der Mentalität von Unternehmern und Arbeitnehmern sowie durch die Steuer- und Finanzpolitik ergeben.

Diesem relativ breiten Spektrum verschiedenster, im Wesentlichen durch Deutschland selbst beeinflussbarer Risikofaktoren, stehen in noch etwas größerem Umfang erhebliche Chancen gegenüber. Diese sind aus Sicht der Experten vor allem dann gegeben, wenn Defizite in dem an sich hoch geschätzten Bildungssystem beseitigt und demografische Probleme einschließlich Fachkräftemangel gelöst werden, die Agenda 2010 vom Grundsatz her beibehalten wird und Unternehmen und Arbeitnehmer ihre traditionellen Stärken und Tugenden weiter im Auge behalten und als Wettbewerbsvorteil nutzen.

Generell lässt sich an den Äußerungen der Experten keine Aufforderung für einen Paradigmenwechsel erkennen. Sie setzen auf eine Fortsetzung der Politik mit Vernunft und Augenmaß, welche bisherige Stärken weiter stärkt und erkennbare Defizite beseitigt. Dabei kommt es den Experten auch besonders darauf an, dass die Politik nicht permanent Rahmenbedingungen verändert und neue Parameter einführt, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidend beeinträchtigen könnten.

ZUKUNFTSHERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Erstaunlicherweise wird der Schuldenkrise überwiegend unter kurz-, aber nicht unter langfristigen Aspekten die größte Relevanz beigemessen. Daneben zählen vor allem der demografische Wandel und die daraus resultierenden Probleme der Fachkräftesicherung zu den kurzfristigen Herausforderungen. Dabei spielen für die Gesprächspartner nicht nur die Verbesserung von Ausbildung und Arbeitsbedingungen sowie eine höhere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern unter kurzfristigen Aspekten vor allem eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland eine zentrale Rolle („... müssen qualifizierte Zuwanderung betreiben“; „Brauchen Zuwanderung. Eine Willkommenskultur fehlt“). Die Behebung des Fachkräftemangels durch Zuwanderung aus dem Ausland wird an dieser Stelle stark betont, weil hier im Gegensatz zur Bildungspolitik am ehesten kurzfristige Erfolge erzielt werden können. Unter

den Zukunftsherausforderungen taucht auch die Energiepolitik wieder auf. Auch hier mit den gleichen Argumenten wie bei den Risiken (Kosten, Versorgungssicherheit, Wettbewerb).

Das Bildungssystem nimmt bei den Zukunftsherausforderungen eine zentrale Stellung ein. Häufig wird eine Beendigung des Bildungsföderalismus angesprochen und der Eindruck wiedergegeben, das Bildungsniveau würde sinken. Für die Wirtschaft haben Bildungsreformen eine besondere Bedeutung, da sie sich langfristig um hinreichend qualifizierte Fachkräfte Sorgen machen.

Eher selten sprechen die Interviewpartner die Lohnpolitik, das Sozialsystem und einen Nachholbedarf bei der verbesserungsbedürftigen Infrastruktur an. Dabei wird gelegentlich Bezug auf Verkehrswege und die Telekommunikationsinfrastruktur genommen.

Bei zentralen Herausforderungen wie zum Beispiel Energiekosten, Sicherung der deutschen Stellung im internationalen Wettbewerb, Verbesserung der Infrastruktur, Sicherung des Innovationsstandortes Deutschland und der Steuer- und Finanzpolitik überwiegen die Anteile der Experten, die von einer weitgehenden Lösung der jeweiligen Herausforderung ausgehen.

Im Hinblick auf die Problembewältigung finden sich bei den Experten aber auch Zurückhaltung und Ambivalenzen. Auch Experten sind manchmal überfragt, vor allem wenn sie über zukünftige Entwicklungen spekulieren. Dies wird beim Themenkomplex Euro / Schuldenkrise erkennbar. Die einen meinen, es käme zu einer weiteren Verschärfung der Krise, die anderen sehen das nicht so, wenn auch generell der Optimismus bei der Bewältigung der Krise überwiegt („Euro ist wichtig für die deutsche Wirtschaft [...] die Märkte werden sich wieder erholen“). Gewisse Unsicherheiten, ob das Problem gelöst werden kann, werden in den Bereichen demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Bildung, Lohnpolitik und Sozialsysteme sichtbar („Facharbeitermangel: Sind die Stütze der deutschen Wirtschaft. Aufgrund des demografischen Wandels werden hier noch große Herausforderungen auf uns zukommen“). Die vergleichsweise größere Skepsis im Hinblick auf die Lösung des Fachkräftemangels beruht aus Sicht der Befragten vor allem auf fehlenden langfristigen Konzepten, fehlenden Regelungen zur gezielten Zuwanderung und dem zu hohen Anteil an Frauen, die nicht in Vollzeit arbeiten und zu selten für technische Berufe gewonnen werden können („Mehr qualifizierten Frauen die Möglichkeit der Vereinbarung von Familie und Beruf bieten“). Im Hinblick auf das Thema Bildung werden vor allem Befürchtungen eines sinkenden Bildungsniveau angeführt, während sich die Skepsis in Verbindung mit dem Thema Lohnpolitik und Sozialsystem



vor allem auf die geforderte Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Einführung eines Mindestlohns bezieht, welcher letztlich die Flexibilität der Unternehmen einschränken würde.

Nicht anders als man es von Bevölkerungsumfragen kennt, erwarten auch die Experten häufig, dass die Politik/Bundesregierung sich der Probleme annimmt. Doch unterscheiden sich die Interviewpartner von der Bevölkerung. Sie zeigen eine große Bereitschaft, Herausforderungen gleichermaßen Hand in Hand von Politik und Wirtschaft zu bewältigen. Eindeutig dem Primat der Politik wird die Schuldenkrise zugeordnet. Ähnliches gilt für die Energiewende. Auch hier sehen die Wirtschaftsexperten eher die Politik gefordert, weil die Wirtschaft die Energiekosten nur in geringem Umfang beeinflussen kann und nach ihrer Ansicht zu viele Akteure auf der politischen Ebene beteiligt sind.

Im Bereich Bildung verteilen die Experten die Aufgabenstellung: Die Wirtschaft ist vor allem bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung zuständig, die Politik soll den kritisch bewerteten Bildungsföderalismus regeln und für verlässliche Standards sorgen.

In Eigenverantwortung soll sich die Wirtschaft um originäre Themen wie Wettbewerb und Innovation kümmern.

DER EXPERTE ALS POLITIKER: POLITISCHE LÖSUNGSVORSCHLÄGE

In einem weiteren Frageblock haben wir die Experten in die Rolle der Politik versetzt. Sie konnten frei ihre Ideen zur Problemlösung äußern. Während in anderen Fragen eher ein breiter Konsens herrscht, findet sich ein bunter Strauß an Lösungsvorschlägen, von denen nur einige dargestellt werden. Zum Teil spiegeln sich weltanschauliche Überzeugungen in den Ansätzen wider, zum Teil auch sehr spezifische Lösungsvorschläge eines Detailproblems, das der Befragte hatte.

Bei der Schuldenkrise sprechen sich einige für „mehr Integration mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik“, für Eurobonds und die „Stärkung der von der Krise besonders betroffenen Länder“ aus. Eine andere Gruppe vertritt hingegen die gegenteilige These, will „weniger Integration, keine Eurobonds, keine weiteren Vereinheitlichungen“.

Vielfalt zeichnet die Lösungsvorschläge in der Energiepolitik aus. Einige befürworten „die Erhöhung der Energieeffizienz und das Erkennen von Einsparpotenzialen“. Manche betonen die „Deregulierung“ oder halten eine „Verlangsamung des Reformtempo“ sowie Änderungen an bestehenden Gesetzen (EEG) für zielführend. Aber auch eine „Beschleunigung des

Netzausbaus“ und die „schnellstmögliche Lösung von Speicherproblemen für erneuerbare Energien“ findet Fürsprecher.

Etwas weniger heterogen sind Ideen für Lösungsansätze in Verbindung mit der durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Fachkräftesicherung. Die Experten unterscheiden zwischen kurzfristigen „Feuerwehreinsätzen“ (Zuwanderung) und den langfristig wirkenden Handlungsfeldern (Bildung). Zu den von der Politik erwarteten Lösungen gehören neben der Verbesserung des vorschulischen und des schulischen Angebots („mehr Ganztagschulen und Kita-Plätze“) vor allem die Forderung nach einer gezielten „Steuerung und Erleichterung der Zuwanderung“, die von den befragten Gewerkschaftern allerdings nicht geteilt wird. Unternehmen sollen Lösungen bei der „Qualifizierung von Arbeitskräften“ anbieten. Selbsthilfe durch die „Rekrutierung von Fachkräften im Ausland mit hohen Gehältern“ sollten die Unternehmen in Angriff nehmen. Für eine „stärkere Einbeziehung z.B. von Frauen und älteren Personen“ plädieren eher Journalisten und Wissenschaftler. In Unternehmen gibt es auch die Bereitschaft, „Personal auch bei fehlendem kurzfristigen Bedarf zu halten“.

Bei den bildungspolitischen Lösungsvorschlägen herrscht weitgehend Konsens: Es soll eine „Neuordnung durch Übertragung der Zuständigkeiten an den Bund“ und die „Setzung einheitlicher bundesweiter Standards“ geben. Begrüßt wurden auch eine „Stärkung der Naturwissenschaften und des Ingenieurwesens an den Unis“ und eine gezielte Förderung der Frauen in diesen Bereichen.

Bei der Steuer- und Finanzpolitik geht es den meisten Experten in erster Linie um den „Verzicht auf eine Substanzbesteuerung, stabile Steuerquoten, Steuervereinfachungen“, mehr Investitionen der öffentlichen Hand und ein Aufrechterhalten der Wachstumsdynamik. Mit diesen Maßnahmen sollen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert, Kosten reduziert und Planungssicherheit geschaffen werden. In Verbindung mit einer möglichen Substanzbesteuerung wird zudem auf Probleme für den Mittelstand hingewiesen.

Die unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Ideen der Experten im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze für zentrale Herausforderungen können wegen ihrer Heterogenität nicht als Blaupause für die Bewältigung zentraler Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland dienen. Sie spiegeln vielmehr die Vielschichtigkeit der Befragten-Stichprobe im Hinblick auf deren Rolle im Wirtschaftsgeschehen bzw. deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Stakeholder-Gruppe wider. Ungeachtet der teils unterschiedlichen Auffassungen über die geeigneten Ansätze zur Lösung von Herausforderungen ergibt sich in der synoptischen Betrachtung der Einstellungen für alle Stakeholder-Gruppen jedoch ein bemerk-



kenswerter Befund: Bei den meisten Herausforderungen mit Ausnahme der Schuldenkrise, der Energiewende und der Bildung wurden von den Gesprächspartnern ursprünglich Politik und Wirtschaft meist als gleichermaßen verantwortlich bezeichnet. Für die Sicherung der deutschen Stellung im internationalen Wettbewerb und auch für die Sicherung des Innovationsstandortes Deutschland gab es sogar ein eindeutiges Übergewicht für eine Verantwortung zur Problemlösung durch die Wirtschaft.

WÜNSCH DIR WAS: WAS DIE POLITIK IN DEN NÄCHSTEN JAHREN ANGEHEN SOLLTE

Die Wirtschaftsexperten brachten bei der Erörterung konkreter Lösungsansätze die Politik deutlich stärker als geforderte Problemlöser ins Spiel. Dies war aufgrund ihrer zuvor gemachten Angaben nicht zu erwarten. Deshalb wurde, in einem weiteren Abschnitt des Interviews die Einstellungen der Experten zur Rolle von Staat und Politik eingehender untersucht. In diesem Zusammenhang wurden die Gesprächspartner in einem ersten Schritt darum gebeten, unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl im September 2013 anzugeben, was sie sich für die nächsten Jahre von der Politik wünschen. Dazu sollten sie die aus ihrer Sicht wichtigsten Entscheidungen, die von der Politik getroffen werden sollten, benennen. Darüber sollten sich die Interviewpartner zu politischen Entscheidungen äußern, die aus ihrer Sicht entweder positive oder negative Auswirkungen auf die Wirtschaft hatten oder haben könnten, bevor mit den Wirtschaftsexperten über Bereiche gesprochen wurde, in denen die Politik am ehesten optimale Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige deutsche Wirtschaft schaffen kann.

Die Antworten zu den wichtigsten politischen Entscheidungen belegen, dass die Gesprächspartner insgesamt ein breites Spektrum an Entscheidungen durch die Politik erwarten, die im Wesentlichen alle für die Wirtschaft relevanten Problemfelder und somit auch die zuvor bereits thematisierten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft betreffen.

Dabei wird die Ordnungspolitik am häufigsten angesprochen. Gefordert werden hier vor allem die „Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft“, verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in allgemeiner Form, „weniger staatliche Interventionen“, aber von einigen auch eine „stärkere Rolle des Staates“. Auch der Themenkomplex Steuern und Abgaben beschäftigt die Experten stark. Erwartet wird hier vor allem, dass keine stärkere Besteuerung höherer Einkommen erfolgt und erst recht „keine Vermögenssteuer“ erhoben wird. Darüber hinaus wünscht man sich eine Vereinfachung des Steuersystems mit einem „Abbau der kalten Progression“ und insgesamt bessere steuerliche Rahmenbedingungen. Erwartet werden politische Entscheidungen, die mit dem

Thema Arbeit/Arbeitsmarkt zu tun haben. Hier treten vor allem Vertreter von Gewerkschaften für die Einführung eines Mindestlohns sowie eine Reform der Zeitarbeit und von Minijobs ein. Darüber hinaus werden aber auch eine „Wiederaufnahme der Reformagenda“, eine Vereinfachung des Arbeitsrechts und die „Gleichstellung von Frauen“ sowie „eine Frauenquote“ befürwortet. Gleichzeitig gibt es in Verbindung mit dieser Thematik aber auch Stimmen, die gegen eine Einführung des Mindestlohns plädieren. Die Befürworter eines Mindestlohns sowie der Reformen in Verbindung mit Zeitarbeit und Minijobs führen als Gründe für ihre Haltung vor allem die Sicherung der Sozialversicherungssysteme und die Vermeidung von (Alters-)Armut, aber auch die Verdrängung von Vollzeit- durch Minijobs an. Die Gegner des Mindestlohns befürchten hingegen ein Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit und eine Verringerung der Produktivität. Für Vereinfachungen im Arbeitsrecht spreche, dass sich der hohe bürokratische Aufwand und die damit verbundene Zeit und Kosten verringern würden. Dies sei gerade für kleine und mittelständische Unternehmen wichtig. Zudem gibt es Befürchtungen, dass soziale Umverteilung und Steuererhöhungen zu einem „Rückfall“ auf den Stand aus der Zeit vor der Agenda 2010 führen.

Es gibt jedoch diffuse Erwartungen an Politik. Dabei geht es weniger um politische Entscheidungen in Form von Gesetzen, sondern um das Verhalten der Politik. Hier wird insbesondere der Wunsch nach einem langfristigeren Denken der Politik und nach einem engeren, besseren Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik geäußert.

Beim Thema Bildung bestehen Erwartungen in Hinblick auf eine „Beendigung des Bildungsföderalismus“. Darüber hinaus gibt es Plädoyers für eine „bessere Qualifizierung Ungelernter“ und für eine höhere Akzeptanz der „Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens“.

Ähnlich häufig wie die Bildung wird auch der Themenbereich Energie/Energiewende angesprochen. Hier geht es den Interviewpartnern primär um eine Reform des EEG und eine Kontrolle bzw. Minderung der Energiekosten. Des Weiteren werden in diesem Bereich aber auch Entscheidungen zu einer „Verbesserung der Energieeffizienz“ und die „Schaffung eines Energieministeriums“ mit einer daraus resultierenden stärkeren Bündelung bei der Energiepolitik erwartet.

Beim Themenbereich Umverteilung und Sozialstaat geht es einzelnen Gesprächspartnern um weniger Umverteilung und die Erhaltung der Agenda 2010, während gleichzeitig andere Interviewpartner – vor allem jene aus dem Gewerkschaftsbereich für mehr Umverteilung und eine Überarbeitung bzw. Rücknahme der Agenda plädieren.



Weitere Erwartungen im Hinblick auf politische Entscheidungen beziehen sich darüber hinaus auf die Art und Weise, in der politisches Handeln durch mehr Verlässlichkeit und eine klare Definition von Zukunftspositionen verbessert werden könnte. Darüber hinaus ist die Konsolidierung des Staatshaushaltes im Spektrum der erwarteten politischen Entscheidungen vertreten.

Die Erwartungen zu den wichtigsten politischen Entscheidungen in den nächsten Jahren belegen, dass sich die Gesprächspartner insgesamt ein breites Spektrum an politischen Entscheidungen erhoffen, die im Wesentlichen alle für die Wirtschaft relevanten Problemfelder und somit auch die zuvor bereits thematisierten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft betreffen. Eindeutige Schwerpunkte betreffen die Ordnungspolitik, Steuern und Abgaben, aber auch die Bereiche Arbeit, Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt, Bildung und Energie bzw. Energiewende, wo konkrete politische Entscheidungen im Regelfall in Form von Gesetzen erwartet werden. Zu den meistgenannten erwarteten politischen Entscheidungen gehört aber auch der Wunsch, dass Politiker und Parteien sich zu einem langfristigeren Denken durchringen und ein engeres Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik aufbauen mögen.

AUSWIRKUNGEN WICHTIGER POLITISCHER ENTSCHEIDUNGEN

Insgesamt gibt es bei den Antworten zu Beispielen von politischen Entscheidungen mit positiven und negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft ein breites Spektrum von Nennungen. Jeder der Gesprächspartner kann jeweils mindestens ein Beispiel mit positiven und negativen Auswirkungen ansprechen.

Sowohl bei den Entscheidungen mit positiven als auch mit negativen Auswirkungen besitzt offenkundig der Themenbereich Arbeit / Löhne / Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht aus Expertensicht die größte Bedeutung. Positive Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen werden in Verbindung mit diesem Themenbereich vor allem durch Entscheidungen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts mit größerer Rechtssicherheit erwartet. Auch das Thema Mindestlohn wird hier als Positivbeispiel von einigen Stakeholdern (vor allem Gewerkschaftern) angesprochen, wobei es hier auch insgesamt größere Kontroversen bei den Gesprächspartnern gibt. Häufig versprechen sich die Gesprächspartner positive Auswirkungen durch energiepolitische Entscheidungen. Dabei stehen vor allem die Schaffung klarer Rahmenbedingungen und eine Reform des EEG mit „für die Wirtschaft verkraftbaren Kosten“ im Vordergrund. Bei dem Themenbereich Steuern und Steuersystem gibt es im Prinzip keinen Nenn-

ungsschwerpunkt, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelschlüsse, die teils auf Vereinfachung und Konstanz abzielen („Kurs und Niveau halten“, „steuerliche Konstanz gibt Planungssicherheit“).

Bei erwarteten Entscheidungen in Verbindung mit der Infrastruktur und Mobilität wird vor allem auf eine Erhöhung der Ausgaben für die Infrastruktur sowie eine „Förderung des Carsharing und des Großverkehrs auf der Schiene“ gehofft. Auch bei der Bildung gibt es ähnlich wie beim Steuerthema keine eindeutigen Nennungsschwerpunkte, während bei dem Bereich Sozialstaat / Umverteilung die „Beibehaltung der Agenda 2010“ eindeutig im Vordergrund steht („hat unsere marode Wirtschaft aufgerichtet“, „war mutig und wegweisend“). Darüber hinaus erwartete weitere Entscheidungen mit positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft betreffen Themen wie Europa und die Beibehaltung des Euro, Bürokratieabbau und Deregulierung sowie die „Innovationspolitik mit einer Stärkung von Forschung und Entwicklung“.

Bei den Beispielen für Entscheidungen mit negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft spielt bei dem insgesamt wichtigen Themenbereich Arbeit, Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht die eindeutig größte Rolle. Hier taucht der Mindestlohn als negative Maßnahme auf, da eine steigende Arbeitslosigkeit und der Wegfall von Arbeitsplätzen von Geringverdienern mit entsprechenden Folgebelastungen der Sozialsysteme befürchtet werden. Teils wird die Ablehnung von Mindestlöhnen mit einer Beschneidung der unternehmerischen Freiheit und einem Eingriff in die Rechte der Tarifpartner begründet. Zudem wird vereinzelt darauf hingewiesen, dass ein einheitlicher Mindestlohn nicht berücksichtigt, „dass es strukturstarke und strukturschwache Regionen gibt“. Zudem wird die Einführung eines Mindestlohnes mehrheitlich als schädlich für die Überlebensfähigkeit kleinerer Unternehmen bezeichnet. Gewerkschafter benennen weitere Deregulierungen des Arbeitsmarkts als Negativbeispiele. Ferner werden auch die Einführung einer Frauenquote und der Missbrauch der Leiharbeit als Beispiele für Entscheidungen mit negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft angesprochen. Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft werden mit dem Themenkomplex Steuern verbunden. Hier beziehen sich die Gesprächspartner im Wesentlichen auf die Einführung einer Vermögens- oder „Reichensteuer“ und beziehen sich dabei auch konkret auf die Vorschläge der Oppositionsparteien zu Steuererhöhungen. Darüber hinaus werden auch negative Auswirkungen durch „Einführung einer Substanzbesteuerung“ in genereller Form sowie durch die Erbschaftssteuer angesprochen.



SCHAFFUNG OPTIMALER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Die Gesprächspartner wurden im Verlauf des Interviews nicht nur nach Beispielen für politische Entscheidungen mit positiven und negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft gefragt. Vielmehr wurden sie auch um Angaben darüber gebeten, in welchen Bereichen die Politik aus ihrer Sicht am ehesten optimale Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige deutsche Wirtschaft schaffen kann. In Verbindung mit dieser eher hypothetischen Fragestellung, die nicht zwangsläufig aktuelle Herausforderungen und Bedürfnisse widerspiegeln muss, werden von den Wirtschaftsexperten jedoch weitgehend wieder die durch die Diskussion der Herausforderungen bekannten Themenbereiche in einer allerdings veränderten Reihenfolge angesprochen.

Schließlich zielt diese Fragestellung weniger auf kurzfristig zu lösende Probleme, sondern eher auf ein mittel- bis langfristiges Agieren der Politik ab, mit dessen Hilfe die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig optimiert werden sollen.

In diesem Zusammenhang spielen in der Rangfolge der Nennungshäufigkeiten die Energiepolitik, Bildung / Ausbildung / Fortbildung, die Steuergesetzgebung, der Themenkomplex Arbeit / Mitbestimmung / Löhne sowie die Infrastruktur und der Abbau von Subventionen bzw. die Förderung von Branchen die vergleichsweise größte Rolle. Darüber hinaus werden aber auch noch einige Nennungen für die Bereiche Sozialpartnerschaft / Regeln für die Tarifpartner, Innovationspolitik / Forschung und Entwicklung sowie auch die Industriepolitik abgegeben, bei denen man der Politik zumindest theoretisch die Fähigkeit zur Setzung optimaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zubilligt.

Vergleichsweise seltener werden in diesem Zusammenhang weitere Bereiche wie Deregulierung / Bürokratieabbau, Schuldenkrise und Zusammenhalt Europas, Umweltschutz, internationale Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik und Industriepolitik angesprochen. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl von Einzelnennungen zu verschiedensten Aspekten erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns.

Unabhängig von aktuellen Herausforderungen und Erwartungen kann die Politik aus Sicht der befragten Experten in einer Vielzahl von Bereichen durch ihr Agieren optimale Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln setzen. So billigt man der Politik die Fähigkeit zur Setzung optimaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bei den aus den aktuellen Herausforderungen bereits bekannten Bereichen Energie, Bildung / Ausbildung / Fortbildung, Steuergesetzgebung, Arbeit / Mitbestimmung / Löhne, aber auch in Verbindung

mit der Infrastruktur, der Subventions- und Förderpolitik sowie der Pflege der Sozial- und Tarifpartnerschaft zu.

DIE ENTSCHEIDENDEN ZUKUNFTSTHEMEN

Nachdem die Gesprächspartner sich zuerst zu ihrer Sicht in Verbindung mit eher kurzfristigen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft in den nächsten zwei bis drei Jahren und den von der Politik erwarteten Entscheidungen nach der kommenden Bundestagswahl mit Auswirkungen auf die Wirtschaft äußern konnten, gab es zum Abschluss des Interviews noch die Gelegenheit, die persönlich wichtigsten langfristigen Zukunftsthemen für die Wirtschaft in Deutschland anzusprechen.

Antwortmuster und Antworthäufigkeiten belegen, dass eher kurzfristige Herausforderungen und langfristige Zukunftsthemen insgesamt zwar weitgehend übereinstimmen. Allerdings gewichten die befragten Wirtschaftsexperten die einzelnen Themenbereiche bei beiden Fragestellungen etwas anders. Der bei den kurzfristigen Herausforderungen auf Rangplatz 1 liegende Themenbereich Euro / Schuldenkrise befindet sich nämlich bei den langfristigen Zukunftsthemen nur auf dem dritten Rangplatz. Dieser dritte Rangplatz ist ein Beleg dafür, dass das Thema zwar auch unter langfristigen Gesichtspunkten weiterhin als wichtig angesehen wird, aber gemessen an Themenbereichen wie Bildung / Ausbildung / Fortbildung und Energie langfristig als vergleichsweise weniger bedeutsam angesehen wird.

Die stärkere Fokussierung auf Schuldenkrise und Fachkräftemangel bei den kurzfristigen Herausforderungen ist mit Sicherheit einerseits auch „ein Resultat der veröffentlichten Meinung“, zum anderen lassen die Äußerungen der Interviewpartner erkennen, dass man zur nachhaltigen Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs diese beiden Themen vorrangig angehen muss. Zudem wird auch Optimismus erkennbar, dass die Schuldenkrise kurzfristig bewältigt werden kann.

Indirekt lässt sich somit aus dem Vergleich der Rangfolgen für kurzfristige Zukunftsherausforderungen und eher langfristige Zukunftsthemen herauslesen, dass das Thema Bildung (Rangplatz 5 bei den kurzfristigen Herausforderungen) unter langfristigen Aspekten (Rangplatz 1) nochmals deutlich an Bedeutung gewinnt und zudem zu jenen Themenbereichen gehört, bei denen die Politik nach Meinung der Befragten besonders gut optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen kann.

Die Energiepolitik, bei den kurzfristigen Herausforderungen noch an dritter Stelle, nimmt hingegen bei den eher langfristigen Zukunftsthemen mit klarem Vorsprung den zweiten Rangplatz ein und gehört darüber hinaus aus Sicht der



Experten zu jenem Bereich, bei dem die Politik wirksame Hebel hat, um optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen zu können.

Europa und die Schuldenkrise als die allerwichtigste aktuelle Herausforderung befinden sich wie bereits dargestellt bei den langfristigen Zukunftsthemen immerhin noch auf Rangplatz drei. Diese Sichtweise ist ein Beleg dafür, dass aus Sicht der Befragten das Thema Europa nicht nur kurzfristig abgeschlossen werden kann, sondern Wirtschaft und Politik auch als langfristiges Zukunftsthema weiter beschäftigen wird.

Bei den in der Rangfolge der Nennungshäufigkeiten danach angesprochenen Zukunftsthemen wie Infrastruktur, Förderung von Forschung und Innovation sowie Arbeitsmarkt / Mitbestimmung / Löhne sehen die Interviewpartner im Gegensatz zum Thema Euro und Europa hingegen vergleichsweise bessere Chancen zur Setzung optimaler Rahmenbedingungen durch die Politik. Dies gilt im Übrigen auch für die meisten anderen, seltener angesprochenen langfristigen Zukunftsthemen wie Fachkräftemangel, Steuern, Deregulierung und notwendige Reaktionen auf die Globalisierung. Die seltenere Thematisierung des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass das Thema oftmals in engem Zusammenhang mit dem Thema Bildung gesehen wird, welches als Grundvoraussetzung zur langfristigen (Teil-)Bewältigung des Fachkräftemangels angesehen wird. Unter den kurzfristigen Herausforderungen ist der Fachkräftemangel hingegen auch deshalb stärker vertreten, weil den Befragten bewusst ist, dass in den nächsten Jahren viele Fachkräfte in den Ruhestand gehen werden und dass eine Anwerbung von Fachkräften schneller umgesetzt werden kann als qualifikationssteigernde Optimierungen der schulischen und beruflichen Bildung.

Insgesamt wird deutlich erkennbar, dass auch die abschließend ermittelten langfristigen Zukunftsthemen mit den kurzfristigen Herausforderungen weitgehend übereinstimmen, aber wegen der längeren zeitlichen Perspektive im Hinblick auf ihre Relevanz anders gewichtet werden, wenn man dafür als Beleg die Nennungshäufigkeiten für die genannten Herausforderungen bzw. Zukunftsthemen heranzieht. Unter langfristigen Aspekten sind offenbar Bildung / Ausbildung und Fortbildung gefolgt von der Energieproblematik eindeutig wichtiger als der auf dem dritten Rangplatz liegende Themenkomplex Europa und Schuldenkrise, der bei den kurzfristigen Herausforderungen mit deutlichem Abstand vor der Fachkräftesicherung und der Energiethematik an erster Stelle rangiert.

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Insgesamt zeichnet sich eine positive Grundhaltung der Experten ab. Die wirtschaftliche Situation des Standorts Deutschland wird optimistisch bewertet. So überwiegen bei den spontanen Assoziationen zum Wirtschaftsstandort Deutschland eindeutig die positiven Wahrnehmungen. Vor allem die Rahmenbedingungen werden als Standortvorteil betont. Mit Selbstbewusstsein sprechen die Experten auch von der Wirtschaftsstruktur Deutschlands, welche sich in unterschiedlichen Bereichen niederschlägt: die Stärke der Wirtschaft und ihrer Branchen, Innovation, Produktivität und Qualität und die Exportstärke werden hier genannt.

Fasst man alle Ergebnisse der Studie zusammen, ist das Themenfeld Bildung / Ausbildung / Qualifikation / Fachkräftesicherung die zentrale Herausforderung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Häufig wird der Bildungsföderalismus als Kritikpunkt genannt.

Der Grundtenor der Interviews ist von Optimismus geprägt. Insgesamt ist ein überraschend großer Konsens bei den Experten feststellbar, der in den Medien viel seltener sichtbar ist, da dort vor allem die Heterogenität der Standpunkte betont wird. Da auch bei unserer Befragung klassische Stakeholder (Gewerkschaften, Verbände und Unternehmen) befragt wurden, ist der große Konsens in den meisten Feldern unerwartet. Bei vielen Fragen und Themenfeldern ist jedoch eine Verallgemeinerung schwierig, da individuelle und differenzierte Meinungen, Wünsche, Lösungsvorschläge vorgetragen wurden. Es gibt natürlich auch Themenfelder, in denen sich die klassischen und damit sehr unterschiedlichen Positionen der jeweiligen Stakeholder widerspiegeln, was sich u.a. am Thema Mindestlohn ablesen lässt.

Von besonderer Bedeutung sind die Unterschiede zwischen den aktuellen Problemlagen und den zukünftigen wichtigsten Themen. Dabei spielen kurzfristig vor allem die Schuldenkrise, der demografische Wandel mit dem daraus resultierenden Fachkräftemangel und die Bewältigung der Energiewende eine große Rolle. In einer langfristigen Perspektive wird jedoch der Schuldenkrise eine deutlich geringere Relevanz zugesprochen. Da die Experten der Ansicht sind, die Schuldenkrise sei vor allem von der Politik zu lösen, spiegelt sich hierin auch indirekt ein großes Vertrauen in die Kompetenzen der Politik wider. Erstaunlich ist auch, dass der demografische Wandel, der in der Politik eher als langfristige Herausforderung angesehen wird, bei den Experten auch als kurzfristiges (und lösbares) Problem bewertet wird. Bildung, Ausbildung und die Energiefrage sind für die Experten in einer langfristigen Perspektive die Hauptbaustellen.



Fasst man alle Äußerungen zusammen, lassen sich einige Felder identifizieren, die in den Augen der Experten für die Standortfrage essentiell sind. Hierzu zählt das Eindämmen der Schuldenkrise, die Erhaltung der bisherigen Vorteile, die Deutschland bislang in den Feldern Bildung und Infrastruktur hatte. Der Föderalismus wird in den Bereichen Bildung und Energie bei den Experten kritisch bewertet. Kritisch wird aber auch der Werte- und Mentalitätswandel bei Unternehmen und auch bei Arbeitnehmern gesehen, der dazu führen könnte, dass traditionelle Tugenden weniger gelten. Andererseits sehen sie auch gerade in diesen Tugenden Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit. Deutsche Gründlichkeit und Effizienz mit intensivem Planen und Durchdenken von Aufgaben und Problemen hätten als Schattenseite Zögern, Langsamkeit und Überbürokratisierung.

Auch bei der Frage, wer für die Bewältigung der Probleme am ehesten zuständig ist, zeichnet sich ein differenziertes Bild. Bei der Schuldenkrise wird vor allem das Primat der Politik betont. Im Themenfeld demografischer Wandel und Fachkräftemangel verschiebt sich der Fokus. Hier werden Politik und Wirtschaft gleichermaßen als verantwortlich angesehen. Die Energiewende wird hingegen stark im Bereich der Politik verankert. Bei der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland wird der Wirtschaft ebenso wie bei der Sicherung des Innovationsstandortes Deutschlands attestiert, dass sie ebenso wie die Politik eine Verantwortung trage. Alles in allem gibt es ein relativ großes Vertrauen in die Kompetenz und die Problemlösungsfähigkeit der Politik gerade bei solchen Themen wie der Schuldenkrise, wo die Wirtschaft das Heft des Handelns nicht in der Hand hat.

Bei der konkreten Frage nach Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken zeigt sich, dass die staatlichen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle spielen. Auf der Seite der Stärken stehen Bildung und Qualifikation, Infrastruktur, Rechtssicherheit (Rechtssystem), die Stärke des Mittelstandes und der Industrie sowie die Exportorientierung (und somit die Güte/Wettbewerbsfähigkeit), der soziale Frieden und die Sozialpartnerschaft und die deutschen Eigenschaften. Einiges, was als Stärke wahrgenommen wird, weist jedoch auch gleichermaßen Schwächen auf. Dies gilt für die Bereiche Bildung/Qualifikation sowie die Exportstärke im Sinne der Exportabhängigkeit. Der Bereich Bildung ist zudem für die Experten das zentrale langfristige Zukunftsthema.

Nach Lösungsvorschlägen gefragt, erwarten die Experten, dass die Politik sich u.a. um das Thema Zuwanderung kümmert. Eigenverantwortung der Wirtschaft sehen die Experten im Bereich der eigenen Qualifizierung von Arbeitskräften.

Zudem haben wir gefragt, was sich die Experten von der Politik wünschen, welche Entscheidungen getroffen werden sollten. Die Erwartungen zu den wichtigsten politischen Entscheidungen in den nächsten Jahren belegen, dass sich die Gesprächspartner insgesamt ein breites Spektrum an politischen Entscheidungen erhoffen, die im Wesentlichen alle für die Wirtschaft relevanten Problemfelder und somit auch die zuvor bereits thematisierten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft betreffen. Eindeutige Schwerpunkte betreffen die Ordnungspolitik, Steuern (keine Substanzbesteuerung) und Abgaben, aber auch die Bereiche Arbeit, Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt, Bildung und Energie bzw. Energiewende, wo konkrete politische Entscheidungen im Regelfall in Form von Gesetzen erwartet werden. Zu den meistgenannten erwarteten politischen Entscheidungen gehört aber auch der Wunsch, dass Politiker und Parteien sich an einem langfristigeren Denken orientieren und ein engeres Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik aufbauen mögen.

Wichtig ist den befragten Wirtschaftsexperten, dass die Politik vor allem in jenen Bereichen optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schafft, in denen man ihr das ganz besonders zutraut. Dazu gehören vor allem Energie, Ausbildung und Bildung, Steuern und Arbeit bzw. Arbeitsgesetzgebung, aber auch Infrastruktur sowie Subventions- und Förderpolitik. Gerade hier werden in den nächsten fünf Jahren in erster Linie eine Reihe gesetzgeberischer Entscheidungen erwartet, die primär die Ordnungspolitik und vor allem auch die Steuerpolitik mit einem Verzicht auf Steuererhöhungen und eine Substanzbesteuerung betreffen.

Die Politik sollte sich zudem der Tatsache bewusst sein, dass sich die Wirtschaft mit Ausnahme der Schuldenkrise grundsätzlich bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen in der Mitverantwortung sieht. Dies ändert allerdings nichts daran, dass bei der Erörterung konkreter Lösungsansätze die Politik bei den meisten Themen durch die Experten deutlich stärker in die Pflicht genommen wird, als das aufgrund der vorherigen Äußerungen über die Mitverantwortung der Wirtschaft zu erwarten war.